

Freddy Cremer (ProDG-Fraktion)  
PDG, 25. April 2022

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Dokument 146 (2021-2022) Nr. 5**

**Resolutionsvorschlag an die Regierung der Wallonischen Region und an die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft zu einer geplanten Umgehungsstraße der Regionalstraße N62 sowie zu Mobilitätsproblemen zwischen dem Süden der Deutschsprachigen Gemeinschaft und dem Großherzogtum Luxemburg**

Sehr geehrter Herr Präsident,  
werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament

„Die Mühlen der Politik mahlen langsam“ sagt ein geflügeltes Wort.

Diese allgemeine Feststellung trifft sicher auch auf den Bau einer geplanten Umgehungsstraße der Regionalstraße N62 zu. Bereits seit vielen Jahrzehnten ist dieses Projekt besonders in den südlichsten Gemeinden unserer Gemeinschaft ein politischer Dauerbrenner.

Inzwischen stehen die Mühlenräder sogar still. Dieser von den CSP-Kollegen eingebrachte Resolutionsvorschlag, dem sich die ProDG-Fraktion gerne anschließt, verfolgt als wichtigstes Ziel, erneut Bewegung in diese Angelegenheit zu bringen.

Dabei sah es vor einigen Jahren noch ganz anders aus. 2017 signalisierte der damals für Mobilität zuständige Minister Carlo Di Antonio, dass Anfang 2019 mit dem Beginn der Arbeiten auf der festgelegten Trasse 10 zu rechnen sei und man die erforderlichen finanziellen Mittel für dieses Projekt vorgesehen habe.

Doch obwohl 8 Millionen Euro im wallonischen Infrastrukturplan 2016-2019 für den geplanten Brückenbau auf dieser Trasse vorgesehen waren, wurde nicht mit dem Bau dieser Brücke begonnen. Schlimmer noch, im Infrastrukturplan der laufenden Legislatur sind für dieses Projekt keine Finanzmittel mehr vorgesehen, weil Minister Di Antonio das Straßenbauprojekt aus dem Infrastrukturplan entfernt hatte.

Und der aktuell in der Wallonischen Regierung u.a. auch für Mobilität zuständige Minister Philippe Henry teilte mit, dass der Ausbau des Straßennetzes in der laufenden Legislatur keine politische Priorität sei und man lediglich noch in Verkehrssicherheitsmaßnahmen investiere.

Diese Entwicklung stieß bei Gemeindeverantwortlichen, bei den Bürgerinitiativen und bei vielen Anwohnern der N62 auf großes Unverständnis. Eine solche politische Volte konnte keiner nachvollziehen.

Der Bau dieser Umgehungsstraße muss wieder auf die politische Agenda der Wallonischen Region, die für den Bau von Regionalstraßen zuständig ist.

Die Berichterstatterin und mein Kollege von der CSP haben den komplexen Sachverhalt soeben vorgestellt, sodass ich die Faktenlage nicht ein zweites Mal darlegen muss. Ich möchte nur auf zwei Aspekte etwas näher eingehen.

In einer ersten Überlegung möchte ich festhalten, dass es für dieses Verkehrsproblem keine optimale Lösung gibt. Unterschiedliche Interessen stehen sich diametral gegenüber. Es ist, wie so oft in der Politik, eine Frage des Abwägens und der Kompromissuche.

Das ist übrigens kein Einzelfall; fast allen Verkehrsinfrastrukturprojekten dieser Größenordnung gehen vergleichbare heftige Kontroversen voraus.

Aber diese konfliktgeladene Situation darf nicht dazu führen, dass die politischen Entscheidungsträger inaktiv bleiben; es darf nicht sein, dass das Projekt auf die lange Bahn geschoben wird oder dass man sich diese Akte wie eine heiße Kartoffel von einer Legislatur zur nächsten weiterreicht.

Aufgrund der begrenzten Redezeit möchte ich nur einige dieser bestehenden Interessengegensätze ganz kurz erwähnen.

Auf der einen Seite stehen die berechtigten Interessen der N62-Anrainer, besonders der Ortschaften Grüfflingen und Oudler, deren Lebensqualität in vielfältiger Form durch das stetig wachsende Verkehrsaufkommen auf der N62 maßgeblich eingeschränkt wird. Zudem stehen sicherheitsrelevante Aspekte im Fokus.

In der Anhörung vom 13. September 2021 erklärte der Vertreter der Polizeizone Eifel, dass die N62 zwischen Oudler Mühle und der Grenze mit täglich fast 10 700 Fahrzeugen, von denen 22 Prozent „schwere Fahrzeuge“ sind, die meistbefahrene Straße der Eifel ist und dass die Unfalldichte in der Gemeinde Burg-Reuland doppelt so hoch wie in den anderen Eifel-Gemeinden ist. „Jetzt, wo man wisse, dass es der unfallträchtigste Abschnitt der Eifel sei, müsse man reagieren! [...] Es sei absolut wichtig, nicht nur an die Verkehrssicherheit zu denken, sondern auch die Verkehrsflüssigkeit nicht zu vernachlässigen. [...] Notlösungen [...] würden das Problem, sprich das hohe Verkehrsaufkommen auf dieser Straße nicht lösen.“

Auf der anderen Seite stehen die berechtigten Forderungen derjenigen, die die tiefgreifenden Auswirkungen der geplanten Umgehungsstraße auf Flora und Fauna in den Fokus rücken. Straßenbau ist immer ein „invasiver“ Prozess, der irreversible Spuren in der Landschaft hinterlässt. Diese Kollateralschäden dürfen keineswegs kleingeredet werden. Völlig zurecht weisen die Naturschutzverbände daher mit Nachdruck auf die Notwendigkeit einer ganzen Reihe von Ausgleichs- und Schutzmaßnahmen hin.

Es ist unerlässlich, dass bei der Planung, Durchführung und beim späteren Unterhalt der Umgehungsstraße alle umweltrelevanten Aspekte vollumfänglich berücksichtigt werden. Dabei gilt es, alle Akteure, und ganz besonders auch die kommunalen Verantwortungsträger und die Vertreter der bestehenden Bürgerinitiativen, von Anfang an und in aller Transparenz in die Überlegungen und in die Entscheidungsprozesse einzubinden. In mehreren Abschnitten dieser Resolution wird dies mit Nachdruck gefordert.

Jedem in diesem Hause ist bewusst, dass sich auch durch den Bau einer Umgehungsstraße die jetzt bestehenden Problemen auf der N62 nicht in Luft auflösen werden. Aber diese würden deutlich entschärft. Wenn der Bau der Umgehungsstraße zudem noch durch die erforderlichen sicherheitsrelevanten und polizeilichen Maßnahmen flankiert wird, können die Lebensqualität der N62-Anrainer und die Sicherheit der Verkehrsteilnehmer um ein Vielfaches gesteigert werden.

Der Bau der Umgehungsstraße ist keine ideale Lösung, aber es ist die geeignetste Maßnahme für die Entschärfung eines seit vielen Jahrzehnten bestehenden unhaltbaren Zustandes auf und entlang der bestehenden N62.

In einer zweiten Überlegung möchte ich kurz auf den Entstehungsprozess dieser Resolution eingehen.

Trotz intensiver Bemühungen im zuständigen Ausschuss I und in einer eigens geschaffenen Arbeitsgruppe, in der alle Fraktionen vertreten waren, ist eine Einigung auf einen gemeinsamen Resolutionstext nicht zustande gekommen.

Alle Fraktionen bekundeten zwar, dass es von großer politischer Aussagekraft ist, wenn man sich fraktionsübergreifend auf einen Resolutionstext einigen würde. Zeitweilig sah es tatsächlich in der Arbeitsgruppe auch so aus, als ob diese Konsensbemühungen zu einem erfolgreichen Abschluss führen würden.

Doch in letzter Minute machte die Ecolo-Fraktion einen Rückzieher.

Der 'Casus knacksus' lag in der unterschiedlichen Bewertung einer zu erstellenden Mobilitätsstudie, die nach Lesart von fünf Fraktionen lediglich ergänzend und komplementär zur zentralen Forderung in dieser Resolution an die Adresse der Regierung der Wallonischen Region steht.

In dieser wesentlichen Forderung wird die Wallonische Region aufgefordert „die Planungen der Umgehungsstraße der N62 wieder aufzunehmen und das Projekt aufgrund der gegebenen Dringlichkeit schnellstmöglich in den Infrastrukturplan aufzunehmen.“

Folglich darf eine solche Mobilitätsstudie den Bau einer Umgehungsstraße nicht hinauszögern und schon gar nicht grundsätzlich in Frage stellen.

Für die Kollegen der Ecolo-Fraktion sollte diese umfassende Mobilitätsstudie allerdings vollkommen ergebnisoffen sein und im Resultat gegebenenfalls sogar vom Bau einer Umgehungsstraße abweichen.

Es wäre so, als würde man die bisherigen Bemühungen, Demarchen, Initiativen und Untersuchungen in die Tonne kloppen. Es wäre so, als würde mit den seit einem halben Jahrhundert gemachten Überlegungen Tabula rasa gemacht und mit einer neuen umfassenden Mobilitätsstudie das Problem von Grund auf neu aufgerollt, so als würde man bei null anfangen.

Wir beginnen aber nicht mit einem weißen Blatt Papier. Im Gegenteil, ich habe soeben einleitend darauf verwiesen, dass es gegen Ende der vorausgegangenen Legislaturperiode noch so aussah, als sei nach jahrzehntelangen Planungen mit dem unmittelbaren Baubeginn zu rechnen.

*In den Anhörungen vom 13. September 2021 wurden Vertreter der Straßenbaudirektion Verviers, des Öffentlichen Dienstes der Wallonie für Landwirtschaft, Naturschätze und Umwelt, der Polizeizone Eifel, der TEC-Lüttich-Verviers, der Gemeinden Burg-Reuland und St.Vith, des Arbeitgeberverbands AVED, der Naturschutzverbände AVES Ostkantone und Natagora/BNVS, der Bürgerinitiativen 'Jetzt reicht's' und 'Thommen-Espeler', einer Initiative der Unternehmerschaft und der angrenzenden wallonischen Gemeinden Vielsalm und Gouvy angehört.*

*In diesen Anhörungen* wurde m.E. deutlich, dass der Bau einer Umgehungsstraße unter sehr strengen Auflagen und unter Berücksichtigung sehr vieler naturschutzrelevanter Aspekte erfolgen muss. Genauso wichtig ist, dass im Vorfeld und im Verlauf der Arbeiten mit allen Akteuren offen und transparent kommuniziert werden muss.

Es ist m.E. in diesen Anhörungen aber auch sehr deutlich geworden, dass es zum Bau einer

Umgehungsstraße als Lösung der bestehenden Probleme sowohl für die N62-Anrainer als auch für die Nutzer dieser Straße keine wirkliche Alternative gibt.

Mit homöopathischen Mitteln und kosmetischen Lösungsansätzen lässt sich dieses Problem nicht lösen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, ich denke, dass uns allen bewusst ist, dass wir mit dieser Resolution nicht bewirken können, dass morgen die Bagger anrollen und mit dem Bau der Umgehungsstraße zur N62 begonnen wird.

Aber wir sollten mit dieser Resolution, deren wesentlichste Forderungen an die Regierung der Wallonischen Region adressiert sind, unmissverständlich dokumentieren, dass wir mit dem politischen Schlingerkurs der letzten Jahre – ja Jahrzehnte - in der Behandlung dieses Verkehrsinfrastrukturprojektes nicht einverstanden sind und dass das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft diese Aufschieberitis nicht unwidersprochen hinnimmt.

Prokrastination ist keine akzeptable Haltung hinsichtlich der berechtigten Sorgen der N62-Anlieger und der Sicherheit tausender Verkehrsteilnehmer, die diese vielbefahrene Straße täglich nutzen. Denn so viel ist sicher, das Problem wird sich nicht von alleine lösen. Es bedarf mutiger Entscheidungen.

Punkt 14 der Resolution sieht vor, dass die DG-Regierung den zuständigen wallonischen Mobilitäts-Minister Henry zu einem Arbeitsgespräch vor Ort einlädt.

Besser als jedes Arbeitsgespräch wäre m.E. eine Fahrt von St.Vith über die N62 bis zur luxemburgischen Grenze zur Hauptverkehrszeit und ein Gespräch mit Bewohnern der Ortschaften Grüfflingen und Oudler bezüglich der durch das hohe Verkehrsaufkommen eingeschränkten Lebensqualität.

Die ProDG-Fraktion wird dieser Resolution zustimmen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Freddy Cremer  
(ProDG-Fraktion)